Südschleswigscher Wählerverband

Präsemadiiling
Kiel, 15.02.2021

# SSW-Ratsfraktion Kiel zum Stellenabbau bei German Naval Yards: Die Zeit für Schönwetterpolitik ist vorbei

*Der Stellenabbau von einem Viertel der Beschäftigten bei German Naval Yards ist ein schwerer Schlag für den Werft- und Wirtschaftsstandort Kiel. Die SSW-Ratsfraktion bewertet die durch die Corona-Krise bedingte Maßnahme als einen Vorgeschmack auf die kommenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und fordert, den politischen Fokus zurück aufs Wesentliche zu richten. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Ratsherr Marcel Schmidt:*

„Die Begeisterung der vergangenen Woche über den Ausbau des Marinearsenals bekommt mit der Nachricht vom Stellenabbau bei German Naval Yards einen Dämpfer. Auch wenn der Abbau nicht so schlimm wie erwartet ausfällt, ist er doch erheblich: 134 von rund 500 Mitarbeitenden müssen gehen. Das zeigt uns sehr deutlich, wie gefährdet der Werftenstandort Kiel immer noch ist und wie viel Aufmerksamkeit er von allen drei politischen Ebenen – Kommune, Land und Bund – noch braucht.

Wir fordern in diesem Zusammenhang, dass die Landeshauptstadt Kiel sich aktiv in den Transformationsprozess einschaltet: Wo und unter welchen Bedingungen werden die Mitarbeitenden künftig untergebracht? Wir erwarten in dieser Hinsicht Gespräche zwischen der Verwaltung und den zuständigen Stellen bei German Naval Yards.

Der Stellenabbau zeigt, was uns durch die Corona-Krise noch alles drohen kann. Die Zahl der Unternehmen in Schieflage wegen entgangener Aufträge, unterbrochener Lieferketten und von der Pandemie durchkreuzter Geschäftsmodelle wird absehbar zunehmen. Die Kommunalpolitik muss sich deshalb ihrer Schwerpunkt- und Prioritätensetzung klarwerden: Die Zeit der Schönwetter- und Wohlfühlpolitik ist vorbei. Jetzt geht es darum,

Arbeitsplätze zu erhalten und die ideologischen Stellvertreterkriege auf anderen Politikfeldern einzustellen. Wir uns sorgen uns auch um die Qualität der Arbeitsplätze in Kiel. Das Thema Gute Arbeit ist in der Ampelkooperation nicht so gut aufgehoben, wie wir es uns wünschen und wie es in der letzten Wahlperiode in der Küstenkooperation verankert war.“